

Reisener, Wolfgang

**Article — Digitized Version**

## Der Kampf um Öl

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Reisener, Wolfgang (1969) : Der Kampf um Öl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 2, pp. 61-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133934>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Der Kampf um Öl

Öl ins Feuer gossen die Franzosen, als sie die Bundesregierung drängten, für die Übertragung von etwa 30% des Aktienkapitals der Gelsenkirchener Bergwerks-AG an die Compagnie Française des Pétroles zu sorgen. In der Bundesrepublik regte sich sogleich nationaler Eifer um die Sicherung der bisher vernachlässigten deutschen Ölinteressen. Nach dem – zu spät – als vermeidbar erkannten Ausverkauf der DEA war man nunmehr einhellig der Ansicht: Das Gelsenberg-Paket der Dresdner Bank muß in deutschen Händen bleiben. Der Stromversorgungskonzern RWE erlöste schließlich deutsche Ölstrategen von bangen Sorgen und ließ Hoffnungen keimen, Aral-Partner Gelsenberg könne zum Kern eines nationalen Mineralölkonzerns werden.

Nur ein Viertel des Mineralölmarktes und der Raffineriekapazität in der Bundesrepublik beherrschen Erdölgesellschaften in deutschem Besitz – unter ihnen die „Großen“ Gelsenberg, Scholven-Chemie und Wintershall. Ihre eigene Ölförderung ist jedoch trotz der Gelsenberg-Beteiligung an der Förderung von Mobil in Libyen und trotz des Ölfeldbesitzes von Wintershall, Preußag u. a. in Deutschland zu klein für ihren Bedarf. Nachteile im internationalen Wettbewerb schafft ihnen nicht zuletzt auch die deutsche Steuergesetzgebung. Jetzt, nach zehn Jahren mit vielen Plänen und wenig Taten, hält die Bundesregierung aber offensichtlich die – vielleicht letzte – Gelegenheit für gekommen, um das Konglomerat kleiner und mittlerer Ölgesellschaften zusammenzufassen und auf diese Weise doch noch zu einer eigenständigen Ölpolitik zu kommen.

Schlagworte wie „nationaler Ölkonzern“, „Konsolidierung deutscher Ölinteressen“, „wohlausgewogene Mineralölpolitik“ ließen Großes erwarten. Was sich jetzt als Ergebnis langer Beratungen abzeichnet, nimmt sich dagegen recht bescheiden aus: Eine Rohölversorgungsgesellschaft soll den deutschen Ölfirmen helfen, auf eigenen Füßen zu stehen. Aber selbst diesem ersten Anlauf scheint der rechte Schwung zu fehlen. Fachleute (z. B. Liebrucks) veranschlagten für die Schaffung einer eigenen Erdölbasis im Ausland Subventionen von etwa 5 Mrd. DM, verteilt auf zehn Jahre. Die Bundesregierung ist bisher aber nur bereit, 575 Mill. DM Explorationsdarlehen bereitzustellen, die zudem zurückgezahlt werden sollen, sobald Öl gefunden wird. Wird in der „eigenständigen“ Ölpolitik also wieder nur „gekleckert“ und nicht, wie erforderlich, „geklotzt“?

Kritik könnte hier leicht voreilig sein. Denn wer nicht irgendwann einmal beginnt, und sei es auch bescheiden, wird niemals etwas aufbauen. Vielleicht wird aus dem zarten Sproß „Versorgungsgesellschaft“ bald ein starker Ölableger, der sich gegen die Konkurrenz der Internationalen Gesellschaften behaupten könnte. Man beruft sich in diesem Zusammenhang gern auf die Italiener, die mit der ENI vorexerziert haben, welche günstige Abschlüsse ein starker Außenseiter auf dem Weltmarkt erzielen kann. Aber das Beispiel scheint durchaus nicht so glücklich gewählt. Gerade die Entwicklung der staatlichen ENI unter Enrico Mattei sollte deutschen Ölautarkisten eine deutliche Warnung sein. Denn von ihrer Gründung im Jahre 1953 bis zum Tod Matteis 1962 stiegen die Gesamtverbindlichkeiten der ENI auf

mehr als 3,5 Mrd. DM. Im Jahre 1962 verschlang allein der Zinsendienst 220 Mill. DM und erreichte damit fast die Höhe des Grundkapitals. Die ehrgeizigen Ölsuchprogramme Matteis verzehrten einen Großteil dieser Summen, förderten jedoch nur geringe Mengen Erdöl zutage. Um sein großes Vertriebsnetz zu beliefern, wurde Mattei schließlich in der Ölversorgung von der Sowjetunion und den ihm so verhaßten internationalen Ölgesellschaften abhängig. Als er bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, war er auf dem Weg zu einem Treffen mit Vertretern der Standard Oil Co., mit der die ENI bald darauf einen Vertrag über den jährlichen Bezug großer Ölmengen unterzeichnete.

Auch die Erfolge der national ausgerichteten französischen Ölpolitik sind wenig ermutigend. Die französisch-algerischen Abkommen zeigen, daß ein in das internationale Ölgeschäft eintretender Außenseiter den Regierungen der Förderländer großzügigere Bedingungen bieten und höhere Preise für Öl zahlen muß als die großen Mineralölunternehmen. Die Franzosen haben mit ihrer nationalen Ölpolitik auch an Sicherheit wenig gewonnen, denn sie sind in gefährlicher Weise von einer einzigen Versorgungsbasis abhängig. Sie haben eine Form der Abhängigkeit gegen die andere eingetauscht und viel von der Elastizität der Ölversorgung verloren, die die international Großen bieten können.

Trotzdem muß das nicht heißen, daß ein so bedeutendes Ölverbraucherland wie die Bundesrepublik (1968: 109,6 Mill. t) seine Pläne zur Unterstützung der inländischen Ölgesellschaften beim Erwerb von Ölkonzessionen aufgeben sollte. Kein Land sieht es gern, daß ein wichtiger Zweig seiner Wirtschaft vollkommen in den Händen von Ausländern liegt. Und selbst ein Land, das sich damit abfindet, daß ein Großteil seiner Autos, seiner Flugzeuge, seines Erdöls und anderer Waren von ausländischen Firmen geliefert wird, verlangt zur Sicherung seiner langfristigen Interessen mindestens einen kleinen Anteil am Markt für inländische Unternehmen. Bei aller Bereitschaft zu internationaler Arbeitsteilung in der Bundesrepublik wäre es daher verfehlt, das Öl völlig zum Spielball fremder Interessen werden zu lassen. Es wäre allerdings ebenso falsch, ohne Rücksicht auf ökonomisches Kalkül einer eigenen Rohölbasis nachzujagen. Die deutsche Ölversorgung läßt sich heute nicht mehr aus dem Netz der internationalen Ölriesen herauslösen, die übrigens auch während der letzten Nahostkrise, gewiß nicht ohne Eigennutz, aber ohne ernste Störungen den deutschen Markt beliefert haben. Was die angestrebte Konsolidierung der deutschen Ölinteressen daher allenfalls erreichen kann, ist eine vernünftige Stabilisierung des bestehenden Marktanteils deutscher Unternehmen; vernünftig insofern, als ein deutscher Ölkonzern die Kontrolle der Preisforderungen ausländischer Gesellschaften ermöglicht und ihre beherrschende Stellung begrenzen könnte. Zudem kann er durch den Erwerb von Anteilen ausländischer Unternehmen und durch langfristige Lieferverträge mit den international großen Gesellschaften die Sicherheit, aber auch die Elastizität der Ölversorgung ausbauen.

Unklar ist bisher noch die Rolle der EWG in der mehr und mehr in nationale Strategien zerfallenden Ölpolitik der Sechs. Erdölfragen sind zwar wiederholt unter gesamteuropäischen Aspekten in der EWG diskutiert worden, aber die Aussichten für die Verwirklichung einer Gemeinschaft in der Erdölpolitik scheinen für die Zukunft gering. Nationale Forderungen dominieren über supranationale Interessen. Jede Regierung verfügte gern über einen eigenen Anteil an der internationalen Erdölindustrie, aber keine ist bereit, sich aus der Abhängigkeit von den anglo-amerikanischen Ölfirmen zu lösen, nur um sich dann auf ein anderes ausländisches Unternehmen ganz oder teilweise stützen zu müssen – selbst wenn dieses Unternehmen in der EWG verankert ist. Der bescheidene Versuch einer Abstimmung der nationalen Ölstrategien wäre schon als Erfolg der Gemeinschaft zu buchen.

*Wolfgang Reisener*